

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Fernsprecher Nr. 27



Telegr.-Adr.: Zeitung

Erscheint wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreise pro Monat 1.— RM. frei ins Haus, einschließlich der Beilagen „Land- und Hauswirtschaft“, „Frauenwelt“, „Fröhliche Welt“, „Rund um den Erdball“, „Unterhaltungsbeilage“. — Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.

Anzeigen werden die sechsgehaltene 8 mm hohe (Betts) Zeile oder deren Anzeigen mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entprechend Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbrieflichkeit für Briefe, Datenverkehr und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmehöhe für Offerten und Auktionsbeträge 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet. Zahlungen an Postkonten Frankfurt am Main Nr. 20771.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 26

Donnerstag den 27. Februar 1930.

23. Jahrgang.

335 Millionen Arbeitslosenentschädigung.

Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat in diesen Tagen seine Vorarbeiten für den Haushaltsplan 1930-31 der Reichsversicherungsanstalt abgeschlossen. Der Entwurf des Haushalts weist laut „R. V.“ einen Beitragssatz von 335 Millionen auf, für den nach den geschätzten Bestimmungen das Reich eintreten müsse. Die Höhe des Beitragssatzes wird sich auf etwa 230 Millionen vermindern, wenn die Befristung der im Vorjahre erfolgten Beitragserhöhung aufgehoben wird bis zum Ende des Haushaltsjahres verlängert wird.

Sindenburg und der Sindenburgbund.

Vor einiger Zeit hatte die Jugendorganisation der Deutschen Volkspartei sich den Namen „Sindenburgbund“ gegeben und zugleich den Reichspräsidenten gebeten, ein „Geleitwort“ zu schreiben. Der Reichspräsident hat laut „R. V.“ diese Bitte abgelehnt, und zwar, wie Staatssekretär Meißner mitteilt, aus Gründen der Zurückhaltung, die ihm sein Amt auferlegt und die ihm grundsätzlich veranlaßt, in keinem Falle parteipolitische Diskussionen oder Interessengruppen durch demartige Geleitworte auszuzeichnen.

Die Londoner Konferenz.

Weiterverhandlung ohne Frankreich?

Angesichts des Sturzes des neuen französischen Kabinetts hat MacDonald die Hauptdelegierten der drei anderen Abordnungen zur Teilnahme an einer Vorgesprächskonferenz eingeladen. Bei dieser Vorgesprächskonferenz wird vornehmlich über das weitere Schicksal der Londoner Konferenz entschieden werden. Obwohl eine Weiterverhandlung nicht ausgeschlossen ist, scheint aber in den Kreisen der einzelnen Delegationen namentlich die Absicht zu bestehen, selbst in Abwesenheit der französischen Hauptdelegierten die Arbeiten auf der Konferenz weiterzuführen. Die künftigen Verhandlungen dürften in der Hauptsache zwischen England, Amerika und Japan geführt werden, wobei Italien von Zeit zu Zeit hinzugezogen werden soll.

San antwortlich britischer Seite wurde betont, daß die Frage eines Dreimächtepaktes niemals als ein Ausweg aus den Schwierigkeiten erachtet worden sei. Es dürfte nicht verfehlen werden, daß dieser Vorschlag nicht sehr förderlich sei, für den Gedanken der allgemeinen Abrüstung. Was die Frage eines Mittelmeer-Paktes betreffe, so sei kein besonderer Vorschlag dieser Art von der französischen oder irgendeiner anderen Delegation gemacht worden. Es wurde von britischer Seite wiederholt, daß die gesamte Frage eines Mittelmeer-Paktes nur behandelt werden könne auf einer Zusammenkunft, auf der alle Mittelmeer-Mächte vertreten sind, und die, die nicht an dieser Konferenz teilnehmen, es herrliche allgemeinen Einvernehmen zwischen den Mächten, daß die Frage der Freiheit der Meere nicht auf der Konferenz aufgeworfen werden solle, da dies Fragen umfassen würde, die außerhalb des Rahmens ihrer Erörterungen liegen.

Die „Entscheidung“, daß gewisse Punkte in dem bestimmten französischen Memorandum nach seiner Unterbreitung auf der Konferenz „unverändert“ worden seien und daß an die Delegationen nur eine zensiurierte Version ausgegeben worden sei, hat zu einer Mitteilung ausländischer französischer Kreise in London Veranlassung gegeben, in der es heißt: Es wird in französischen Konferenzkreisen nicht in Abrede gestellt, daß zwei Versionen des Memorandums ausgegeben wurden. Es wurde jedoch geltend gemacht, daß die französische Delegation nur das allgemein hüllende Verfahren verfolgte, indem sie einen Vorwurf für die Veröffentlichung und einen anderen zur Unterbreitung an die Delegierten der Flottenkonferenz vorbereitete.

Der Zustand in der Dominikanischen Republik.

Wie „Associated Press“ aus Santo Domingo berichtet, haben sich die Aufständischen fast des ganzen nördlichen und mittleren Teiles des Landes bemächtigt und die Hauptstadt eingeschlossen. Die Bewegung hat bisher einen verhältnismäßig friedlichen Verlauf genommen. Aufwachen ist es den Aufständischen nicht darum zu tun, die ganze Regierung zu stürzen, sondern den Bürgern eine möglichst freie Ausübung ihres Wahlrechts bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen zu sichern. Wie es heißt, ist man in Regierungskreisen bereit, den Forderungen der Aufständischen in sehr weitgehendem Maße Rechnung zu tragen und dadurch eine friedliche Beilegung des Konfliktes zu ermöglichen.

Diplomatischer Sensationsprozeß.

In der Stadt Maffiolini wird demnächst ein diplomatischer Prozeß verhandelt werden, der durch einen sensationellen Zwischenfall in der italienischen Botschaft in Berlin ins Rollen kam. In der Wilhelmstraße erreichte vor einigen Monaten die Nachricht, daß der italienische Gesandtschaftssekretär veranlaßt sei, großes Aufsehen zu machen. Man erzählte sich darüber den Kopf, welche Macht zu diplomatischen Zwecken einen Botschaftsbeamten befehlen könnte. Dann hörte man, daß der frühere Reichsarzt der Botschaft, Rossi, nicht nur den Schlüssel verlor, sondern auch Urkunden gestohlen habe. Der Botschaftssekretär wurde in die Wüste geschickt und der ganze diplomatische Apparat neu besetzt. Der Fallismus wird mit dem Botschaftssekretär, der jetzt in Rom vor dem Ausnahmegericht steht, verhandelt werden.

Das Kabinett Chaumemps gestürzt.

Mit 292 gegen 277 Stimmen das Vertrauen der Linkeregierung verweigert.

Wie aus Paris gemeldet wird, hat die Kammer das Vertrauensvotum für die Regierung Chaumemps mit 292 gegen 277 Stimmen abgelehnt. Die Regierung hat nach der Abstimmung unter förmlichen Ovationen der Linken den Sitzungssaal verlassen. Die Rechtsparteien brachen in lärmenden Beifall aus.

Zu dem Sturz des Dreitageskabinetts Chaumemps wird gemeldet: Chaumemps hat nicht nur eine politische, sondern auch eine rhetorische Niederlage erlitten, denn es ist ihm nicht einmal gelungen, die Opposition zu einem Protest anzuhalten. Chaumemps hat das Bogen unternehmen, ein Linkskabinett zu bilden und ist damit gescheitert, wie Herrit im Jahre 1926, der ebenfalls wie jetzt Chaumemps seine Regierungserklärung nicht überlebt hat. Es gibt also in der französischen Kammer keine Linksmehrheit. Gibt es eine Rechtsmehrheit? Innerhalb einer Woche ist sowohl eine Rechtsregierung wie eine Linkeregierung gestürzt worden. Das Experiment Chaumemps zeigt, daß die heutige Mehrheit der Kammer gesetzmäßig gegen ein Linkskabinett eingestellt ist. Man tritt sich gegenseitig daran, ob Chaumemps eine Mehrheit finden würde, sondern lediglich darum, wie man ihn zu Fall bringen könne.

Chaumemps hat vor Eröffnung der Sitzung um die Wahl einzelner Abgeordneter geworben, sie sogar noch telefonisch gebeten, sich wenigstens der Stimme zu enthalten. Er ist in den Kolonialabgeordneten der Kammer gegangen und hat gefordert, sich dementsprechend zu verhalten. Dieses Verhalten ist die Stimmhaltung Chaumemps hat, als er in seiner Rede gegen Chaumemps mit allfälligen Bosheiten gebrauchte. Ein Interpellant verzichtete auf das Wort und erklärte, die Wunden der Kammer seien tief und die der Regierung gefährlich.

Tardieu hat den Tag gewonnen. Schon bei seinem Erscheinen in der Kammer erhielt er stärkeren Beifall als Chaumemps. Es ist gar keine Frage, daß Tardieu die Bildung des neuen Kabinetts übernehmen wird. Eine andere Frage ist es, ob es Tardieu nun gelingen wird, eine stabile Mehrheit zu finden. Die Zusammenfassung der Kammer ist so kompliziert, daß das Schicksal jedes Kabinetts an einem feinen Faden hängt.

gerade nicht, insofern nicht ganz unumgekehrt. Die wirklichen Zusammenhänge sind: laufende Defizitschuld nicht mehr zu bezahlen. Man weiß auch nicht einmal, ob es sich um rein kriminelle Verbrechen oder um Affären mit politischem Hintergrund handelt. Es scheint in der römischen Staatsanwaltschaft nicht alles so in Ordnung zu gehen, wie es der Duce so pompös verkündet. Auch in Paris hat die italienische Diplomatie verschiedentlich Malheur gehabt. Unter den römischen Staatsfunktionären im Ausland sind wohl nicht alle überzeugungstreue Italiener. Man wird wohl auf jeden Fall aus Rom zu hören bekommen, daß es sich um die Berliner Angelegenheiten um unpolitische Unterstellungen dreht. Deshalb wurde ja auch schon in anderen ausländischen Kreisen darüber berichtet. Und man kann es nicht für derartige Dinge unter Auschluss der internationalen Öffentlichkeit bereinigen will.

Dr. Moldenhauers Deckungsprogramm.

Benzinsteuer, Biersteuererhöhung, Mineralwassersteuer. Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer wird sein Deckungsprogramm am Mittwoch dem Kabinettsmitgliedern ausgeben lassen. Das Kabinett wird am Donnerstag darüber beschließen. Lieber den Wählern sind die verschiedenen Vorkämpfer verbreitet. Benzinsteuer scheint, daß darin eine Benzinsteuer geplant ist, ferner die Erhöhung der Biersteuer, die künftig 360 Millionen einbringen soll, also eine Verdoppelung und eine Mineralwassersteuer. Daß in der Erhöhung der Einkommensteuer enthalten ist, wird offiziell bemerkt. Damit ist der Gedanke des Notopfers aber noch nicht aufgegeben. Von den Sozialdemokraten wird erneut betont, daß sie eine Verständigung zwischen den Regierungsparteien ohne ein solches Notopfer nicht für möglich halten. Die Deutsche Sozialpartei hat sich in ihrer Fraktionsfassung wieder mit den Finanzfragen beschäftigt und ebenso wie die demokratische Fraktion den Plan eines Notopfers erneut abgelehnt.

Die Deutsche Volkspartei setzt weiter auf einer inneren Sanierung der Arbeitslosenversicherung und auf einer Sicherung der Steuererlösen für 1931.

Wie das „R. V.“ meldet, wird bei der geplanten Benzinsteuer von einem Betrag von 6 Pfg. pro Liter gesprochen. Eine solche Steuer wäre wie das Platz erklärt, ohne gleichzeitigen Umbau der Kraftfahrzeugsteuer wirtschaftlich nicht tragbar und finanziell nicht einträglich. Man habe schon seit längerer Zeit Pläne erwogen, nach denen die Kraftfahrzeugsteuer aus der teilweise in eine Benzinsteuer umgewandelt werden soll, wie sie in eine Vereinigten Staaten als einzige Belastung des Kraftfahrzeugwesens in Geltung ist. Für Deutschland dürfte man sich die Reform wohl vorstellen, daß die festen Steuerhöfe, die auf den einzelnen Wagen zu zahlen sind, erheblich herabgesetzt werden, während gleichzeitig eine neue Benzinsteuer eingeführt wird.

Es fehlt auch nicht an Stimmen, die die Aufnahme der Kammer und die Ausschreibung von Neuwahlen verlangen, um aus den ewigen Regierungskrisen herauszukommen.

Vor dem Parlamentsgebäude hatte sich eine ungeheure Menschenmenge angesammelt, die auf das Ergebnis der Abstimmung wartete. Die Nachricht von dem Sturz der Regierung wurde zunächst ohne jede Kundgebung hingenommen. Gegen 22 Uhr jedoch strömten die Verbände der patriotischen Jugend in Stärke von mehreren tausend Mann an und veranstalteten lärmende Kundgebungen gegen das Kabinett Chaumemps. Die Polizei und die republikanische Garde waren den Demonstranten nicht gewachsen. Es mußten Verstärkungen herbeigeholt werden, um die Demonstranten zu zerstreuen. Eine Anzahl Personen wurde verhaftet.

Rücktritt des Kabinetts.

Ministerpräsident Chaumemps begab sich unmittelbar nach der Kammerabstimmung in Begleitung seiner Mitarbeiter ins Elysee und überreichte dem Präsidenten der Republik das Demissionsschreiben des Kabinetts. Präsident Doumergue ersuchte Chaumemps, die laufenden Geschäfte weiter zu führen. Obwohl die politische Lage durch die beiden Regierungskrisen vollständig dahin geklärt worden ist, daß in der gegenwärtigen Kammer weder eine Rechts- noch eine Linksmehrheit existiert und daher, wie Franklin Bouillon in der Diskussion unterstrich, nur eine Regierung lebensfähig sei, die sich auf eine möglichst breite republikanische Konzentration stützt, ist Präsident Doumergue durch die starke Tradition doch gezwungen, die Präsidenten des Senats und der Kammer sowie der großen parlamentarischen Kommissionen und der Fraktionen zu Versprechungen zu empfangen. Dadurch wird voraussichtlich mindestens ein Tag verloren gehen, bevor Doumergue den Politiker beruft, der den wiederholt gescheiterten Versuch, eine republikanische Koalition zustande zu bringen, erneut unternehmen wird. Dieser kommende Mann kann nach allgemeiner Überzeugung nur der moralische Sieger bei der Kammerabstimmung sein, der ehemalige Ministerpräsident Tardieu.

Verlängerung des Verhaftungszwanges.

Berlin. (R. V.) Der völkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages erteilte der Regierung die Ermächtigung, die Verordnung über den Verhaftungszwang für Inlandsreisen in ihrer jetzigen Form, also 50 Prozent inländischen Weizen, auf die Dauer von höchstens drei Monaten, also bis Ende Mai, zu verlängern.

Die Prohefahrt der „Europa“.

Bremen. (R. V.) Laut Funkpruch vom Schnell-dampfer „Europa“ des Norddeutschen Lloyd erreichte das Schiff in der Nacht zum Mittwoch Fair Island in der Nähe der Nordküste Schottlands und nahm dann wieder Kurs nach Osten. Mittwoch vormittag 10 Uhr befand sich die „Europa“ in der Nähe der norwegischen Küste. Bei Windstärke 9 bis 10 bewies das Schiff in jeder Hinsicht seine hervorragenden See-Eigenschaften.

Die Beratung der Young-Gesetze.

Berlin. Die Reichsregierung hat nicht vermocht, im Vorkomitee des Reichstages ihren Willen zur Beschleunigung der Verabschiedung der Young-Gesetze durchzusetzen. Der Vorkomitee hat am Mittwoch Mittag beschlossen, dem Reichstag zu empfehlen, vom Sonnabend bis zum Mittwoch nächster Woche einschließlich eine Verhandlungspause einzutreten zu lassen und erst am Donnerstag, 6. März, mit der zweiten Lesung der Young-Gesetze zu beginnen. Die Schlussabstimmung über den Young-Plan ist nicht vor Montag, 13. März, zu erwarten.

Sardien und Poinecare lehnen ab.

Paris. (R. V.) Tardieu hat die Kabinettsbildung abgelehnt und Doumergue auf Poinecare verwiesen, dem er (Tardieu) seinen Beifall leisten würde. Poinecare teilte Pressekreisen mit, daß auch er die Bildung eines neuen Ministeriums ablehne.

Demonstrationen vor der Kammer.

Paris. (R. V.) Der große Tag in der Kammer am Dienstag hat gewaltige Demonstrationen der Kommunisten vor der Deputiertenkammer gebracht. Die Polizei hatte fast eine Stunde lang Mühe, um die Tausende von Demonstranten zu zerstreuen. Wieder abgeordnet nach Maffiolini kam ein das Gebäude verlassen. 55 Verhaftungen wurden vorgenommen. 32 Personen sind als verlegt gemeldet.

Die Besprechungen beim Staatspräsidenten.

Paris. (R. V.) Die ausländischen Ministerpräsidenten werden wieder einige Tage in Anspruch nehmen. Für Donnerstag früh 9 Uhr war Briand, für 11 Uhr Poinecare und für 13 Uhr Tardieu zum Präsidenten der Republik geladen.

Der Verhaftungsprozess gegen die russische Kirche.

21 Todesurteile verlangt.

aus Moskau gemeldet wird, ist nach einer Mitteilung in Charkow die Untersuchung gegen 45 Personen breiter worden, die beschuldigt werden, eine geheime Organisation zum Sturz des Sowjetregimes in der Ukraine gebildet zu haben. Unter den Angeklagten befinden sich der russische Gelehrte Petrow, der Außenminister der ukrainischen Republik, Nowik, und mehrere Vertreter der ukrainischen Kirche, die mit dem politischen Generalstab in Verbindung gestanden und wichtige Dokumente ausgeliefert haben sollen. Der Prozess, dem große politische Bedeutung beigemessen wird, wird Mitte März in Charkow stattfinden. Die Auflage verlangt für 21 der Angeklagten die Todesstrafe.

200 Bischöfe in der Verbannung.

Der orthodoxe Archimandrit Simon veröffentlicht eine Erklärung, in der er behauptet, daß der Metropoliten Sergius, dessen Verhaftung der Exkommunikation gegen ihn Montag von der Kasse veröffentlicht wurden, das Haupt der orthodoxen Kirche sei. Nach Antonowitsch, der bereits seit vielen Jahren in ständiger Verbannung befindet, müßte auch die übrigen geistlichen und höchsten Mitarbeiter des verstorbenen Patriarchen Tichon.

Im Jahre 1920 habe man 200 Bischöfe gezählt, die ihrer Freiheit beraubt seien. Davon befänden sich 100 auf den berühmten Solowjewski Inseln. Der Metropoliten Sergius stehe an der Spitze einer kleinen Zahl von Bischöfen, die im August 1927 der Sowjetregierung eine Apokalyptik-Ärztung abgeben hätten.

Recht und Steuer.

Der Angeklagte hat kein Recht auf tägliche Gewährung von Urlaub zum Stellungsaufbau. Das Kaufmannsgericht in Berlin hat in der Frage, ob man dem Angeklagten zwecks Erlangung einer neuen Stellung täglich Urlaub gewähren müsse, eine Entscheidung gefällt, die von prinzipieller Bedeutung ist. Einem Kontoristen war gekündigt worden. Er erhielt auch während 2 bis 3 Stunden Urlaub. Schließlich wurde der Urlaub dem Prinzipal zu viel, und er bedeutete den Kontoristen, daß er ihn nur noch einmal Urlaub genommen werde, um sich nach einer neuen Stellung umzusehen. Als der Prinzipal ihm schließlich das Fortgehen verweigerte, ging der Kontorist trotzdem aus. Nun erhielt er seine sofortige Entlassung, die auch vom Gericht als durchaus berechtigt anerkannt wurde. Das Gericht vertrat die Ansicht, daß ein Angeklagter keineswegs Recht auf tägliche Gewährung von Urlaub zum Stellungsaufbau habe.

Der Randfriedensbruch um den gepändeten Eber. Der Eberleiner Randfriedensbruchprozess wegen Verletzung eines gepändeten Ebers wurde in Oldenburg zu Ende geführt. Angeklagt waren 31 Landeute, Bauernsöhne und Knechte aus Eberleinsdorf. Der Oberstaatsanwalt gab zu, daß eine Vorlage vorgelegen habe, erklärte aber, nicht jeder dürfe sein Recht auf eigene Faust ausüben. Das Gericht sprach neun Angeklagte frei und verurteilte 19 wegen Randfriedensbruchs. Davon erhielten 17 eine Gefängnisstrafe von drei Monaten, zwei eine von vier Monaten. Der Angeklagte Johann Gerhardt wurde wegen Missetat zum Randfriedensbruch zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Das Gericht sah in ihm den Führer, der an den ganzen Vorfällen Schuld trug.

Mädchenhändlern auf der Spur.

„Rein Vallen Seide heute abgegangen.“

In letzter Zeit gelang es der rumänischen Polizei zu verschiedenen Malen, in Besarabien Mädchenhändlern auf die Spur zu kommen und ähnlich schändlichen, daß in mehreren Fällen zum Teil latwischische Mädchen aus dem Elternhaus gelockt wurden. Einige Frauen führten ganz einwandfrei ins Ausland, wogegen einige Besarabierinnen verurteilt worden waren. Speziell der Bessarabier Generaldirektion der rumänischen Sigurana, die ein besonderes Institut für Mädchenhandel unterhält, ist es gelungen, den Schleier zu lüften und festzustellen, daß die Opfer von Rumänien aus in regelmäßigen Abständen ihren Weg nach dem Orient nahmen.



Heber Hannjörg Hingelmanns Gesicht huschte die Sonne. Die Frau war eins mit ihm. Man erlebte doch immer noch Liebererzählungen. Da trat er noch einmal vor seinen Herrn hin und legte ihm die Hand auf die Schulter. „Nun träum nicht, Sohr! Jetzt kommt alles in Ordnung,“ sagte er und humpelte hinaus.

8

Schwer, langsam und bedäuflich gingen die Herren vom Pfug mit ihren Damen auf dem Felpfah im Park des Großheinauer Rittergutes umher. Was Sophi Liebesfrau geschaffen hatte, war ein Ereignis und daß sie es geschaffen hatte, ein willkommener Gesprächsstoff. Das Essen allein tat's freilich nicht, man will auch geistig angeregt sein oder wie man in Steinau sagte: Was für's Herz haben. Das hatte man. So richtig was zum Auswinden. Die Damen machten ausgiebigen Gebrauch davon. Lieberall fanden sie in Gruppen zusammen und tuschelten. Nicht böseartig. Es lag Wohlwollen auf ihren Zügen und das war erfreulich. Man hörte oft die Worte „ichön“ und „bühlich“ und nicht geglaubt. Und gerade als die Frau vom Hof zur Frau vom Pfahlor sagte: „Das wird wohl eine Verlobung geben,“ schmeterte eine Fanfare auf. Die vom Pfahlor kniete zusammen und sagte: „Ach Gott!“ Und eine Stimme rief von irgendwoher: „An die Bewehr!“ Das verstanden alle um arrangierten sich. Es ging leicht nach. Der Ausweis für jeden lag in Gestalt einer wirklich geschmackvollen Tischkarte neben den Tellern. Die Stuhlreihen waren voll besetzt. Nur eine Sitzgelegenheit stand unbesetzt. Der Geladene war verhindert. Erich Wetter konnte nicht kommen, er hatte getrunken. Nun ist er an den Folgen. Dafür war Grete Wetter, seine Frau

Den Beamten dieser Sonderabteilung war es auf gefallen, daß seit mehreren Monaten in den verbreiteten Tageszeitungen von Bursareit, Kantenburg und Gernowitsch und anderen Namen die Rede war, in denen für das Ausland Gouvernanten, Verkäuferinnen, Hausgehilfinnen und Kassenfachschreiberinnen gegen besonders gute Bezahlung und erstklassige Unterkunft gesucht werden. Eine Polizeibeamtin wurde veranlaßt, auf eines dieser Inserate zu antworten. Das Mädchen, das in dieser Zeitschrift aus der bursarischen Hauptstadt Kantenburg, in der mitgeteilt wurde, sie sei mit einem hohen Gehalt in der Kasse engagiert und möge unterhalb des Gehalts Bursareit verlassen und nach Kantenburg kommen. Die Beamtin fuhr auch tatsächlich in Begleitung von zwei Kriminalbeamten in Zivil nach Kantenburg und begab sich in die ihr mitgeteilte Wohnung. Vor dem Hause trafen die beiden Kriminalbeamten Posten und warteten lindenlang. Als das Mädchen bis zum Einbruch der Dunkelheit noch nicht wider aus der Wohnung herausgekommen war, holte man Hilfe.

Das Haus wurde von Polizisten umstellt und eine Abteilung Kriminalbeamter begann mit georgenen Respekt in der Wohnung ein „im ersten Stellvertreter“ land sich an der Tür des Zimmers. Der Beamte nicht geöffnet. Als auf die Aufforderung der Polizei nicht geantwortet wurde, brüllte man die Tür ein. Mit vorgeschobener Schusswaffe drangen die Beamten ein und fanden sich zehn Männern gegenüber. In einem benachbarten Zimmer war die Beamten und weitere vier junge Mädchen eingeschlossen. Bei einer sofort vorgenommenen Durchsuchung der Räume fanden sich eine umfangreiche Korrespondenz vorfinden, aus der hervorging, daß hier nun eine wohlorganisierte und weitverbreitete Bande von Mädchenhändlern tatsächlich gemacht worden war, die ihre Zentrale im Prins und Niederlassungen bzw. ihre Agenten in sämtlichen Hauptstädten und Häfen des Orients besaß.

An der Zeit von Anfang bis Mitte Oktober 1929, in der das Geschäft mit den beabsichtigten Opfern offensichtlich am besten blühte, wurden nach den vorgenommenen Aufzeichnungen nicht weniger als 205 Mädchen und Frauen nach Saloniki, Athen, Piräus, Smirna, Angora und Alexandrien verkauft und mittels gefälschter Pässe hinführt. Der Preis schwankte je nach Jugend und Schönheit zwischen 5000 und 20000 französischen Franken. Der Abtransport wurde mittels Dampfschiffen angeliefert, in denen es hieß: „Rein Vallen Seide heute abgegangen.“

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom Mittwoch, 26. Februar.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Novelle zur Reichsausgabengesetzgebung. Der Ausschuss hat die Regierungsvorlage in vielen Punkten geändert und vor allem die Kontrollbefugnisse des Rechnungshofes wesentlich erweitert mit der Tendenz, daß möglichst sparsam gewirtschaftet wird.

Reichsfinanzminister Dr. Brüning hat dem im Ausschuss beschlossenen Vorschlag der Regierungsvorlage zu. Im Ausschuss ist schon das Problem berührt worden, daß das Ausgabebefugnisrecht des Reichspräsidenten eingeschränkt werden müsse.

Diese verfassungsrechtliche Frage sollte bei der vorliegenden Novelle nicht entschieden werden, damit der vorliegende Entwurf so schnell zur Verabschiedung kommt, daß er schon beim Etat für 1930 Anwendung finden kann.

Abg. Heilmann (Soz.) bezeichnet es als ein Verdienst der Sozialdemokratie, daß der Prüfung der Reichsausgaben durch den Rechnungshof heute eine größere Bedeutung beigemessen werde als früher. Der Redner wendet sich dann gegen die im Ausschuss abgelehnten Vorschläge der Reichspartei und der Deutschen Volkspartei, den Reichsfinanzminister als eine mit großen Rechten ausgestattete unabhängige Instanz in das Verfassungsleben einzuführen.

Preussischer Landtag.

Sitzung vom Mittwoch, 26. Februar.

Zu Beginn der Landtagssitzung beantragte die Kommunisten die sofortige Beratung ihres Antrages auf sofortige Entlassung des Polizeipräsidenten Börschel wegen der Verhängung der Verhaftungshaft nach der Georg Grob-Verordnung. Von den Sozialdemokraten und der linken Mitte wurde dies abgelehnt.

Anmelde und lag ein wenig bedrückt zwischen den Gästen. Man machte nicht viel Begegnung mit ihr. An der Stirnseite der Tafel thronte der Gastgeber und ihm gegenüber, am anderen Ende, Sophi Liebesfrau. Rechts und links von ihm saßen Carla und Hingelmann. Gerade den Alten hatte Sohr neben sich gesetzt, um die Gäste erkennen zu lassen, daß er ihn achtete und auszeichneten wollte.

„Du hättest das nicht tun sollen,“ sagte Hannjörg, leise zu Sohr. „Ich komme mir vor wie der Vogelschreck im Weizen.“

In der Tat fühlte sich Hannjörg nicht wohl. Alles war ihm ungewohnt. Am ungewohntesten der Fragen, den er trug. Das mörderische Skei, weiße Ding behinderte ihn. Zur Hochzeit hatte er es umgehört, dann am Begräbnistage seiner Frau und heute hatte das scheußliche Instrument zum dritten Male hervorgeholt werden müssen.

„Aber nie wieder! Das verdorrt er sich im stillen.“ Mit seiner Bein verhielt ihn der Fisch. Schleie hatte er noch nie gegessen in seinem langen Leben. Es ging ganz gut. Sohr war ihm Vorbild. Wie er den Fisch aß, so er ihn auch. Er half sich glänzend aus der Verlegenheit. Lieberigens: mit der rechten Hand — Kunststück!

„Paß auf, Hannjörg,“ raunte Sohr ihm zu, „heißt steigt die erste Rede.“

„Maas,“ sagte Hannjörg, „beim Essen wird doch nicht gesprochen.“

„Hier schon,“ sagte Sohr und klopfte mit dem Messerrücken an Glas. Augenblicklich wurde es still.

Sohr erhob sich. Vom anderen Ende der Tafel leuchteten ihm Sophis Augen entgegen. Strahlend und stolz. Wie der Himmel sind diese Augen, dachte er und nickte ihr zu.

Dann begann er: „Liebe Gäste! Herzlich willkommen und aufrichtigen Dank für ihr Erscheinen. Sie werden sich gewundert haben, daß wir noch mitten in der Ernte zum Feste feiern einladen. Überhaupt, daß wir es tun. Für künftige Tage ungewohntlich, das gebe ich zu. Das Ungewöhnliche aber dürfte gerechtfertigt werden können. — Unsere Not ist Ihnen bekannt. Ich brauche Sie ihnen nicht zu schildern. Sie erleben sie täglich neu und schwerer. Und werden sie immer schwerer erleben müssen. — Aus unserer ländlichen Abgeschiedenheit wurden wir aufgedrückt. Die Stadt rückt an uns heran. Zwischen die Güter schieben sich bereits die Fabriken ein.“

man diesen Anlaß zum Anlaß der kommunikativen Austausch wolle. Damit ist die allgemeine Aussprache zum Ende.

des Innenministeriums fortgesetzt.

Abg. Klein (Dn.) behauptet, trotz der Vorlesung des Staatssekretärs könne der preussische Minister nicht den Besitz von drei Vorlesungen behaupten. Das neue Republikationsgesetz, dessen erster Entwurf (Grafenfeld) sei, zeige, daß es dem neuen Entwurf vorbedachte, den Staatsanwalt zum neuen Präsidenten seiner Staatstheorie zu machen. Der Ministerpräsidenten lehnte die Form der Durchsetzung des Demonstrationenverbots ab. Er verlangte, daß die Demonstrationen bereit sei, das Demonstrationenbot für den Volksanwaltschaft aufzuheben, was für die Freude sonst beantragen müßten.

Abg. Rademacher (Komm.) hält dem Minister vor, daß er nicht dagegen unternommen habe, daß auch die Kosten des Youngplans wieder den Arbeitern aufzubringen würden. Die Kommunisten forderten alleinstehend der Kontrolle durch die Arbeitsräte.

Abg. Jochen (D. Vp.) erklärt, die Selbstverwaltung müsse unter allen Umständen geschützt und gefördert werden. Man müsse erstens Zweifel gegen, so dem Staatsministerium wirklich mit seiner Behauptung, daß er sich zukünftig lediglich auf die Aufsicht zu beschränken und sich jeder Mitverwaltung in den Gemeinden zu enthalten.

Abg. Grämel (Dem.) erinnert daran, daß in Preußen die staatlichen Realisationsverhältnisse seien.

Abg. Reinhardt (F. P.) stellt seine Anträge, auf eine durchgreifende Krise ein, wobei er betont, daß eine Grenzabgrenzung notwendig sei, wenn die grenzenlosen Grenzabgrenzung aufrechterhalten werden soll.

Großfeuer in Bad Hermon.

Das Tivoli in Flammen.

Seit Mittwoch morgen brennt in Bad Hermon das Stadttheater Tivoli in der Schlußstraße. Das Gebäude wurde innerhalb einer Stunde größtenteils zerstört, während der große Saal und die angrenzenden Gebäude durch das energische Eingreifen der freiwilligen Feuerwehr unter Wasser gehalten werden. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Einiges Mobiliar wurde gerettet. Der Funkenflug ist äußerst stark und erstreckt sich auf hundert Meter.

Drei Millionen Dollar Geldstrafe.

Der brasilianische Generalinspektor für das Departamento de Polícia, Sr. Nio de Janeiro, meldet, die National City Bank New York angewiesen, wegen angeblicher Veruntreuung von Geldern zum Überlaufen der Vorgesetzten der Zweigstelle der National City Bank in Sao Paulo eine Geldstrafe von fast 3 Millionen Dollar zu zahlen. Die Bank selbst weigert sich, das Ansuchen zu befolgen. Es wird erwartet, daß die Bank gegen das Urteil Revision einlegen wird.

Feuersturm in einem Chicagoer Krankenhaus.

Ein toller Verbrennereckel.

Ein nicht alltäglicher Vorgang spielte sich am Dienstag im Winternacht im Dischontmentkrankenhaus in Chicago ab. In einem Krankenzimmer erloschen plötzlich Schiffe, durch die das Krankenhaus alarmiert wurde. Unter den Kranken entstand eine Panik. Was war geschehen? Ein notärztlicher Verbrenner der Stadt, der vor einem Monat bei einer Jagd verlegt war, wurde in das Krankenhaus in Begleitung eines Arztes, der den Verletzten dreier Monate in Behandlung war, eingebracht. Sie gaben mehrere Schiffe auf ihn ab, die der Verletzte erwiderte, was für das Haus verurteilt und die Verhaftung des Verletzten nicht von dem Verletzte meinten wollte. Ein wildes Feuergefecht entspann sich zwischen den Kranken und dem Verletzten. Der Verletzte wurde in die Flucht zu schlagen. Sie verstanden nicht, was das Krankenhaus. Viele Kranke bekamen blutige Anfälle und konnten erst nach Stunden wieder beruhigt werden. Die Polizei verfolgte erfolglos die drei Banditen.

Wir verlieren Land, wir verlieren Leute. Die Industrie wird reicher, wir werden ärmer. Das bessere Fluggebiet, das die Nähe der Industrie bringt, gleicht den Verlust nicht aus. Die Stadt zahlt Preise, die sie nimmt aus die lachenden Hände. Dieser aber kann kein denkender Kopf ertragen, weil keine Maschine den Menschen zu erlegen vermag.“ Die Gäste lachten. Was Sohr sagte, ging sie im tiefsten Inneren an. Jeden Satz empfanden sie als erschreckende Wahrheit.

„Wir werden zu ungewöhnlichen Mitteln greifen müssen,“ fuhr er fort, „um uns zu halten. Erfreulicherweise und auch wieder bedauerlicherweise wandeln sich die Verhältnisse zum Schlechteren nur langsam. Sie werden uns dadurch zur Gewohnheit. Die Zeit läuft uns ein. Das langsame Abwärts merken wir nicht. Nur das Rückwärts zeigt uns den Unterschied gegen früher. — Wer von uns kann heute noch Reklamen sammeln? Wer kann zurücklegen? Wer sparen? Niemand! Oder doch nur ganz wenige. Unsere Väter konnten es. Schulden, Hypotheken und Steuern, das ist was wir kennen. Die Hilfe, die uns von Staatswegen wird, ist nur eine scheinbare, bestimmt keine dauernde und noch weniger eine gründliche. Sie besteht in Geld! In bar geliehenem Gelde, also auch in rückzahlbarem Gelde. Sie erhöht unsere Verführung, mithin auch unsere laufenden Ausgaben. Sie ist eine gefährliche Hilfe, denn sie entwertet unseren Besitz und mehr noch: Sie belastet unsere Kinder! — Ich begreife dankbar den guten Willen, die Hilfe als solche muß ich ablehnen.“

„Bravoo!“, rief der Niederneidberger und der vom Hof sagte: „Wie soll uns anders geholfen werden?“

Unter den Gästen war leise Erregung. „Uns soll nicht geholfen werden,“ antwortete Sohr, „selbst müssen wir uns helfen! Ich sage schon: Bleibst du mit ungewöhnlichen Mitteln. Auf diese einzugehen, ist hier nicht der Ort. Ich werde anderswo Gelegenheit nehmen, das zu tun. Heute habe ich nur unsere Einladung zu rechtfertigen und das glaube ich mit dem Hinweis auf unsere wirtschaftliche Lage am besten zu können. Diese Lage und ihre Besserung zwingen uns zu gemeinsamem Handeln. Gemeinsames Handeln zwingt zu näherem Zusammenrücken. Und näheres Zusammenrücken bedingt gegenseitiges Vertrauen. Das wieder gewinnen wir nur durch freundschaftlichen Verkehr und offenen Gedankenaustausch.“

Sohr machte eine Pause. Seine Augen suchten Claus. Dessen Blick hielt er fest und sprach weiter:

(Fortsetzung folgt)

[illegible]

1870